

E 010

Lfd.-Nr. 1043

DGB-Bezirksvorstand Nordrhein-Westfalen

Kommunen in Finanznot - Reiche höher besteuern

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

1 Die finanzpolitische Situation vieler Kommunen hat sich trotz
2 konjunkturbedingter Steuermehreinnahmen nicht wesentlich
3 gebessert. In Regionen wie dem Ruhrgebiet muss die Situation
4 als alarmierend bezeichnet werden.

5

6 In den Kommunen sind auch die Mitglieder einer DGB
7 Gewerkschaft als Bürgerinnen und Bürger von den Kürzungen
8 in den kommunalen Haushalten direkt betroffen. Hier werden
9 die Auswirkungen auf unsere Lebensbedingungen am deut-
10 lichsten:

11

12 Kultur- und Freizeitangebote werden reduziert und damit ver-
13 liert eine Kommune an Lebensqualität. Schulen, soziale
14 Einrichtungen, Bibliotheken und Schwimmbäder leiden massiv
15 unter Ausgabenkürzungen. Ganze Stadtteile verkümmern.
16 Straßen und Plätze sind in einem beklagenswerten Zustand,
17 da notwendige Investitionen in ihren Unterhalt unterbleiben.
18 Die dauerhafte Funktionsfähigkeit wichtiger Infrastruktur-
19 einrichtungen (z.B. öffentlicher Nahverkehr) ist ernsthaft
20 gefährdet. Immer häufiger greifen Kommunen und ihre Toch-
21 tergesellschaften zum Mittel der Aufgabenverlagerung in neue
22 Gesellschaften und begehen damit Tariffucht.

23

24 Wesentliche Ursachen dieser Misere sind Steuersenkungen der
25 Bundesregierungen für Unternehmen und vor allem auch für
26 Reiche. Dies führte in den vergangenen Jahren zu erheblichen
27 Einnahmeverlusten auch bei den Kommunen.

28

29 Die Kommunen sind gezwungen, nach wie vor Kassenkredite
30 zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit in schwindelnden
31 Höhen in Anspruch zu nehmen. Die Schuldenbremse wird in
32 den nächsten Jahren den Druck auf die öffentlichen Haushalte
33 dramatisch erhöhen.

34

35 Eine Lösung der Finanzprobleme ist erst dann absehbar, wenn
36 die Summe der Einnahmeverbesserungen allein für Nordrhein-
37 Westfalen zusätzlich mindestens 2 Milliarden Euro pro Jahr
38 betragen würde.

39

40 Daher fordert der DGB von der Bundesregierung:

41

- 42 • eine Korrektur der steuerpolitischen Fehler der Vergan-
43 genheit,
44
- 45 • eine verfassungskonforme Wiedererhebung der Vermö-
46 gensteuer und eine deutlich gestärkte Erbschaftsteuer,
47
- 48 • die nötigen Geldmittel zur Erfüllung der den Kommunen
49 durch Bundesgesetze zugewiesenen Aufgaben (Konnexi-
50 tät: „Wer bestellt, muss auch bezahlen“),
51
- 52 • eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer
53 Gemeindegewerbesteuer unter Einbeziehung aller Un-
54 ternehmen, Freiberufler und Selbständigen.